

# Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig

Mit „Jede Woche Musik“

Moden-Zeitung Sport-Zeitung  
Film-Zeitung Hausu.Gartenztg.  
Techn.Zeitung Witzblatt „ILK“



Vertrieb: 1. Müllerstr. 10b, Badstr. 61, Köpenicker Str. 64-67, Rosenfelder Str. 46, ...  
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

## Die Professoren streiten - Die Preise steigen

Der Zollkampf in der Agrarkommission - Einige indiskrete Anfragen an die Reichsregierung

Auf Veranlassung des handelspolitischen Ausschusses, der die Zollfrage behandelt, ist eine sogenannte Agrar-Enquete-Kommission gebildet worden. Als die Herrschaften, d. h. die Mitglieder dieses Ausschusses, am Dienstag früh in die Kasse getreten, wies der Vorsitzende darauf hin, daß eigentlich diese Kommission ein Vorschlag von Wissenschaftlern und Gelehrten gewesen wäre, wenn man seine Wege nicht gehen wolle. Die 600 Millionen für die Einfuhr tierischer Produkte seien der größere Postposten in der Handelsbilanz als die geringere Ausgabe für die Getreideeinfuhr. Bei der Verantwortlichkeit fände es allerdings auf die persönliche Leistungsfähigkeit an, und die sei bisher bei den kleineren Bauern die größere gewesen. Kapital erfordere jede Intensivierung.

In der Sachmittags-Sitzung trat der Landwirt Schneider aus Bayern den Ausführungen des Professors Kereboe bei. Diese Entschließung wendet sich gegen die Umstellung der Landwirtschaft auf die Viehhaltung. Dadurch würden viele Arbeiter überflüssig. Die vorübergehende Preissteigerung müsse ertragen werden, um die nationale Arbeit zu erhalten. Professor Wonn hebt hervor, daß seine Frage, wie die Preise stabilisiert und gesichert werden könnten, nicht beantwortet sei.

### Luther will weiter schweigen

Heute Kellereirat und Auswärtiger Ausschuss

Der Kellereirat des Reichstags ist zu heute Mittwochs nachmittag einberufen worden. In dieser Sitzung wird auch der Reichstagsrat teilnehmen und mit den Vertretern der Reichstagsfraktionen eine Beratung wegen der außenpolitischen Lage stattfinden. In der Sitzung wird auch der weitere Arbeitsplan des Reichstags festgelegt werden. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags tritt ebenfalls heute Mittwochs vormittags 10 Uhr zusammen.

Der Reichstagspräsident Luther will also im Kellereirat erscheinen. Aber er will nicht reden! Er will sich nur im Kellereirat äußern, warum er eine politische Aussprache im Plenum nicht billigen könne. Im Auswärtigen Ausschuss ist die Behandlung der außenpolitischen Lage im allgemeinen nicht vorgesehen. Von der Waise wird jedoch die Frage des Sicherheitspaktes und vor allem die Art der Behandlung der Reichsregierung gegenüber dem Plenum des Reichstags zur Erörterung gestellt werden. Inwiefern das nun geschehen kann und geschehen wird, hängt ganz von der Haltung des Zentrums ab, das bei der Abstimmung auch im Auswärtigen Ausschuss ausschlaggebend wirkt. Sollten die Regierungsparteien einen Antrag, den die Sozialdemokraten gestellt haben, ablehnen, dann wird auf alle Fälle um 1 Uhr mittags der Reichstagsrat im Kellereirat erscheinen, um dort über die Gründe seiner Zurückhaltung Aufschluß zu geben. Für diesen Fall ist mit einer erneuten Geschäftsordnungsdebatte über die Frage der politischen Aussprache in der um 2 1/2 Uhr beginnenden Plenarsitzung des Reichstags zu rechnen.

### Staatsfeiertag für Huf

Der päpstliche Nuntius verläßt Prag

Prag, 7. Juli. In katholischen Kreisen herrscht Bestimmung wegen der Teilnahme der Regierung an der geistlichen Huf-Gebetsfeier. Der päpstliche Nuntius Marzaghi hat am heutigen und nach Staatsfeiertag erhaben wurde, Prag verlassen und sich nach Rom begeben. Die Führung der Geschäfte hat der Nuntius bis auf weiteres dem Sekretär der Nuntiatur übertragen.



Reperowicz

Der letzte Außenminister, der dieser Tage in Berlin Verhandlungen mit der Reichsregierung hatte, die zu einem befriedigenden Ergebnis führten.

## Schnelldienst

Reichstagsler Dr. Luther hat sich für das Reich und die Arbeiter für Handel und Gewerbe, Dr. Schneider, für Bauern bereit erklärt, das Schicksal des Reiches zu entscheiden. Die Mitteldeutsche Handelsausstellung zu Nürnberg, die am 18. Juli auf dem Ausstellungsgelände in Nürnberg eröffnet werden wird. Die parlamentarische Kommission hat den neuen Kabinettplan mit 52 gegen 51 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. In den ersten Julitagen herrschen in der Mitteldeutschen Reichsausstellung der Städte in Ostpreußen eine große Hitze; in Ostpreußen sind die Temperaturen auf 35 Grad Celsius.

## Grenzsteine der öffentlichen Meinung

Die „Konferenz“ - Was kann Deutschland erreichen? Deutsch-französische Wirtschaftsentente

Von Dr. Alfred Förster

Die Briand'sche Note und das Communiqué der deutschen Reichsregierung sehen den Standpunkt der beiden großen politischen Antagonisten Deutschlands und Frankreichs in hellem Licht. Die französische Note schließt mit dem ominösen Hinweis nach einer deutschen Antwort, die es gestattet, in eine Verhandlung einzutreten, deren Ziel der Abschluß von Abkommen ist, die eine neue und wirksame Friedensgarantie bieten. Der Ausdruck „neue“ oder „zukünftige“ Friedensgarantie muß in dem Sinne verstanden werden, daß eine neue und zusätzliche Garantie des bestehenden, also des Versailles' Friedens gemeint ist. Dagegen will die Reichsregierung „unentwegt an dem Ziel Deutschlands festhalten, um ... zu einem wirklichen Frieden zu gelangen, der durch ein Sicherheitsabkommen auf völliger Gegenseitigkeit begründet werden soll“. Die Gegenüberstellung zwischen dem „neuen und wirksamen Garantie“ des Versailles' Friedens und dem „wirklichen Frieden“ im Sinne Luther-Stresemann zeigt Breite und Tiefe der Kluft, von der die französische Note jede Klarstellung weggerissen hat.

Die deutsche Regierung will ihre Initiative fortführen. Sie tut es unter Verhältnissen, die heute äußerlich schwerer sind, als im Februar. Die Volkstimmung in der Reichsregierung sichtlich die Grenzen. In der Stille des Geheimratszimmers ist das Verhandeln leichter, zuträglichere nicht.

Die diplomatische Situation ist schon durch die Vielzahl verwickelter Probleme schwer belastet: Entnazungsfrage, Sicherheitsfrage, Eintritt in den Völkerbund. Die Note der Reichsregierung über die Kontrolle der deutschen Luftfahrt kann auch nicht als Beweis beständiger Entgegenkommens der Siegerstaaten gedeutet werden.

Die deutsche Regierung gibt sich Rechenschaft, daß so schwere und komplizierte Probleme angeht, der allgemeinen nationalen Empfindlichkeit auf schriftlichem Wege überhaupt nicht geistigt werden können. Jeder Wunsch nach einer Note verpflichtet, und diese Bindung an die juristische Formel schließt die Staatsmänner föhlig. Nur scheint uns der Ausdruck „Konferenz“ für diese angestrebten mündlichen Verhandlungen verfehlt. Im diplomatischen Sprachgebrauch hat das Wort „Konferenz“ einen fachlich-terminologischen Charakter angenommen. Der Umfang der Beratungsgegenstände einer solchen Zusammenkunft ist meist vor Beginn festgelegt. Die Zahl der teilnehmenden Staaten muß festgelegt werden und die Stimmen an konferenzfähig sind oft durch schriftliche. Eine Ausweitung einer relativ jugendlichen Zusammenkunft der leitenden Minister der Großmächte zu einem europäischen Ministertag, auf dem keine und kleinste Intriganten ihren Willen, unterstehen lassen.

Aber so weit ist es noch nicht. Die Idee des Sicherheitspaktes als die Idee der Befriedung und Konsolidierung West- und Mitteleuropas ist nach unserer Überzeugung nicht aufzuhalten. Sie wird verwirklicht werden, wie sie verwirklicht werden muß, soll Europa auch nur den Rest seiner einstigen überragenden Macht behaupten, jenen Rest, den es zum Leben braucht. Die bittere Notwendigkeit, stehend aus der Doppelbedeutung Europas, wird der Verwirklichung des europäischen Friedens mehr Nutzen als die sympathischen Bestrebungen der Friedensfreunde seit der Zeit, da der unversehrte römische Reichsgedanke den Gedanken des unversehrten Friedens im Reich begründet hat, da aus der Pax Romana, dem römischen Frieden, das Christentum entsprang. Aber: ja, das „Aber“ folgt so hoffnungslos Gedanken auf dem Wege. Also: aber was Jahrzehnte nicht geschafft haben, wird auch heute Jahre brauchen. Und wie der Dawes-Plan bereits feinsicht in dem Gutachten des Gouverneurs der Bank von England vom Dezember 1921

In der gestrigen Sitzung des Agrarausschusses des Reichstags meinte Professor Kereboe, daß es besser sei, ein Arbeitsprodukt, wie die Viehzucht es hervorbringt, im Bande zu erzeugen, und das Getreide, das nur ein Rohstoff ist, einzuführen. Landtagsrat, daß 75 Prozent des deutschen Bodens der Viehhaltung dienen und nur 25 Prozent dem Getreidebau. Der Boden, der zum Getreidebau benutzt werde, befände sich größtenteils im Besitze der Großgrundbesitzer. Daher liege die Heile nahe: Dem Großgrundbesitz liegt mehr an Getreideerträgen, dem Bauern an den mittleren und kleineren Erträgen, mehr an den Viehhaltungen. Professor Wonnwid betont wiederholt, daß die Politik des Professors Kereboe auf lange Sicht bestimmt sei und daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine solche Politik auf lange Sicht unmöglich wäre. Der Abgeordnete des bayerischen Landtags, Schlittenbauer (Bayern 3b), fragt, wie lange der Streit der Professoren noch andauern solle, ohne daß die Praktiker zu Worte kämen. Es müsse zunächst das Getreide geschützt werden. Graf Rejzleringl hält den Weg des Professors Kereboe für geradezu gefährlich. Die Getreideeinfuhr habe 1920 450 Millionen Mark betragen. Die Futtermittelaufuhr nur 200 Millionen. Die Getreideproduktion bedürfe also vor allem der Erzeugung. Abg. v. Richtig (Deutschmet.) richtet an Professor Kereboe folgende Fragen: Gätten wir Futtermittelaufuhr im Frieden stark ermöglichen können, wenn nicht so billiges Futter herbeigekommen wäre? Der Zustand der Viehen würde immer schlechter. Gätten nicht von den 9 Millionen Gekaufte 90 Millionen Gekaufte sein mehr erzeugt werden könnten? Gätten die Wollwirtschaft, die damals reiches Deutschland ungeheure Futtermengen hervorbringen, die Futtermittelaufuhr überhaupt erübrigen können? Wer wird futtern, wenn eine Futtermittelproduktion unrentabel bleiben? Wie wird die Meiseinfuhr auf den Kartoffelpreis wirken? Professor Kereboe erklärt, daß es ihm ganz unmöglich sei, die Fragen des Grafen v. Richtig im Rahmen eines kurzen Wortwechsels zu beantworten. Darüber müßte man Bücher schreiben. Der Sachverständige betont wiederholt, daß es vor allem darauf ankomme, den Import tierischer Produkte zu verringern. Was die Relation zwischen Industrie- und Landwirtschaft anlangt, so müße da eine gewisse Abstützung allerdings erfolgen. Es sei eben erforderlich, die Industrie wieder abzubauen, so daß die Industrie und Landwirtschaft nur die Erzeugnisse produzieren könnten. Die Politik der Handelsbilanz würde wachien, wenn man seine Wege nicht gehen wolle. Die 600 Millionen für die Einfuhr tierischer Produkte seien der größere Postposten in der Handelsbilanz als die geringere Ausgabe für die Getreideeinfuhr. Bei der Verantwortlichkeit fände es allerdings auf die persönliche Leistungsfähigkeit an, und die sei bisher bei den kleineren Bauern die größere gewesen. Kapital erfordere jede Intensivierung.

über die deutsche Kreditfähigkeit enthalten war, die endgültige Entloftung des Reparationsproblems aber erst im August 1924 nach dem schmerzlichen Ruhrintermezzo vollendet ward — ebenso wird der Sicherheitsbedanke von der Welle gehoben, von der Welle gefestigt werden, ehe der sichere Hafen erreicht ist. Die englische Regierung hat unter dem Druck ihrer außerordentlichen Verpflichtungen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und damit die Vereinigung der drängendsten europäischen Probleme bis September gemauert. Es ist kaum glaublich, daß dieses große Ziel in so kurzem Zeitraum erreicht werden kann.

Nächst und während der Verhandlungen wird stets als Kriterium die Frage zu stellen haben: Was kann das waffenlose Deutschland erreichen? Es kann nichts aus eigener Kraft erreichen, es kann nur das potentielle Gewicht seiner ledigen Millionen, seiner Wirtschaft und seiner Kultur in jenseitigen Zusammenhängen mit der weltpolitischen Lage in die Waagschale werfen. Die Zeiten sind vorbei, da sich der Bürger vor dem Tor mit Gesprächen ergötzen konnte, wie die Wölfe weit hinten in der Türkei aufeinander schlugen. China, Indien, Türkei, Ägypten, Marokko — alle zeigen Befestigung und Widerstandskraft der beiden großen europäischen Kolonialmächte an, der Engländer und der Franzosen.

Die Schar der Engländer in China steht nicht gut. Der Kolonialminister und der britische Reichsminister haben mehr Befähigungen als Westmännern; gemeinlich ist ihnen Brutalität und Menschenverachtung. Darum Sturmwind in London gegen die Sowjetpolitik, gegen die Moskauer Verbindungen des chinesischen Nationalismus. Der Abbruch der Beziehungen mit Moskau ist das Traumbild Londons. Es ist ausgesprochen von Lord Birkenhead, dem Staatssekretär für Indien, was in hohem Maße die Lage bezeichnend: Gibt England in China nach, so spürt es den von Jungchina und Moskau in Schanghai und Peking geführten Stößen in Bombay und Kalkutta. Moskau wird nicht mehr als ein schwaches Hindernis in seinem Fall auf seine asiatische Hinterarbeit verzichtet. Ein Moskauer Telegramm meldet, daß die Sowjetregierung Goldschonungen — für die ost- und innerasiatischen Länder prägen will, um die europäischen und amerikanischen Ruten und Münzen aus dem Verkehr zu drängen. Die Aktion England im fernem Osten und damit auch in Moskau ist gekündigt durch die Vereinigten Staaten, die China entgegenkommen, um Japans Stellung auf dem asiatischen Festland zu erschüttern. Eine gemeinsame Aktion der „Vertragsmächte“ in China ist unwahrscheinlich. Die gemeinsame Front der Vertragsmächte und ihrer diplomatischen Vertreter in China ist sogar durchbrochen. Auf Drängen der Vereinigten Staaten wird unter Auskultung Englands und Japans eine Kommission die Ereignisse in Schanghai unterleuchten, die aus Vertretern Italiens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten besteht. Selbstverständlich sind jene Kriterien, die sich für die realpolitische Einschätzung der deutschen Möglichkeiten ergeben, nicht auf exotische Politik beschränkt, die französische Finanznot, die alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten und die englische Arbeitslosigkeit sind auch da.

Und zu diesen Kriterien, an denen wir unsere Möglichkeiten prüfen können und müssen, gehört auch die deutsch-französische Wirtschaftsentente. Die Schwerindustrie haben sich geeinigt. Die offiziellen Handelsvertragsverhandlungen sind nach im Stadium des Festhaltens. Ergibt sich nicht schon mit dem formellen Abschluß der Verhandlungen, sondern aus der Praxis der wirtschaftlichen Zusammenarbeit — eine erfolgreiche deutsch-französische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet, so ist auch die Grundlage für die vielversprechende, moralische Wirkung gewonnen. So treten neben dieser großen Realität die rein politischen Korumbinanten Frankreichs mit Polen und der Wirtschaftswaise in den Hintergrund, und die Gespenster des Mißtrauens und Argwohn müssen weichen. Selbst wenn ein politischer Sicherheitspakt schon jetzt zustande käme, so würde er sich erst voll auswirken, wenn sich Deutschland und Frankreich wirtschaftlich zu ergänzender Arbeit fänden.

## Kaffeeklatsch

von  
Sophilski

Verleumder behaupten, Herr Groß sei ein antändlicher Mensch, ich widerspreche dem entschieden. Ich behaupte das Gegenteil. Herr Groß ist ein zerknirschter Schurke. Ich habe dem Menschen noch nie etwas getan. Ich habe mich stets wohlwollend gegen ihn benommen. Trotzdem war Herr Groß so schorl, mich zum Kaffee einzuladen, nämlich unterhielt mich seiner Frau. Da mir ein Kind zu präsentieren sich nicht zu entblöden zu brauchen für erlaubt hielt. Was habe ich dieser Frau getan, daß sie mich jäh von ihrem Ausflug zu befristigen und Vertriebung über ein Schwestern zu heucheln, das dem Gesicht nach verumtelt ein Mensch und der Stimme nach höchstwahrscheinlich eine mißgeratete Kasse war?

Was für einen Zweck haben Einladungen zum Kaffee? Wenn irgendwelche Menschen das Bedürfnis nach Unterhaltung haben, bin ich etwa dazu da, ihre Schwachbedürfnisanfälle zu bedienen? Ich es nicht eine abgründige Gemeinheit, einen relativ unbefestigten und nur geringfügig verdoctrinirten Menschen aus dem Schöße meines Herms zu reihen, wo er sich nachpneumatikmännchen sehr wohl fände, nur um seinen gedächtnis Organismus mit einem Kirgus zu begreifen, der aus den gedrückten Samen von Coffea arabica hergestellt wurde? Habe ich es nötig, um eine Herzmurore zuzugleichen, bloß weil es Herrn Groß zu langweilig ist, mit der Dame, die ihm das Schicksal als Zukunfts auf den Buckel gebunden hat, allein sein Vesper einzunehmen?

Ich bin von Natur aus schüchtern. Fünfzehn Jahre eisdauer Willensschwächen haben meine Schüchternheit zu feinstochter Klugheit vor allem Willkürlichem gelehrt. Ich wage nicht mehr, mein zu sagen, wenn eine Frau etwas von mir will. Diesen Umstand machte sich Herr Groß zunutze und schickte seine Frau an den Teufelsapparat, der im Konversationskloster unter dem Räumern Telefon beschreiben wird.

Zu kaffeeklatschend legte ich zu. Ich verpörrt, um fünf Uhr Stelle zu sein. Am dreizehnten kam ich ins Café, wo ich, daß meine Frau ihre annehmlichen Strümpfe zu waschen, da sie sich um halb sechs mit ihrer Freundin Quire verabredet hatte, die ich im Wirklichkeit Hermann Thyra heißt und einen Spitznamen trägt.

Um halb sechs war ich mit dem Strümpfpletzen fertig. Madame machte ich sein, legte Puder und Lippenrot auf und entzweigte mit wogenden Hüften.

# Nur wirtschaftliche Differenzen in Paris

### Erklärungen zur Unterbrechung der deutsch-französischen Verhandlungen

Paris, 7. Juli. (W. I. B.)

Die deutsche Wirtschaftsdlegation hat der französischen Presse folgende Erklärung überreicht: Die deutsche Delegation bedauert, daß die seit neun Monaten geführten Verhandlungen nicht so zeitig zum Abschluß gekommen sind, daß die Realisierung eines Abkommens durch die Parlamente der beiden Länder vor ihrem Beginn ermöglicht werden konnte. Wie ein am 14. Juni durch das französische Handelsministerium veröffentlichtes Communiqué festgelegt hat, glaubt die deutsche Delegation, daß die von Frankreich für die hauptsächlichsten deutschen Exportartikel gemachten Konzessionen (Gemeinfleisch, Maschinenartikel, Kleinereprodukte, optische Erzeugnisse, elektrische Stoffe, Lederwaren, Seamt und Spielwaren) nicht ausreichend sind, um das Gleichgewicht herzustellen, das eine Grundlage für das Handelsabkommen hätte ergeben können. Andererseits hat die französische Wirtschaftsdlegation die von Deutschland gemachten Vorzüge, namentlich was Wein, Holz- und Baumwollgewebe sowie Automobile betrifft, für ungenügend erklärt. Es ergibt sich also daraus, daß die zwischen den beiden Delegationen existierenden Meinungsverschiedenheiten nicht auf wirtschaftlichen Gesichtspunkten beruhen. Keinen Augenblick bezogen haben in der Diskussion politische Fragen eine Rolle gespielt und in irgendeiner Weise die von der deutschen Regierung eingezeichnete Haltung beeinflusst. Die in den letzten Tagen hierüber gemachten Bemerkungen entsprechen also jeder Grundlage. Handelsminister Chauveau erklärte heute abend der französischen Pressevertretern über die Unterbrechung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen: Wir haben das Menschennützlich verurteilt, um rasch zu einem praktischen Ergebnis zu kommen. Der gute Wille der deutschen Unterhändler ist immer nicht bezweifelt worden, aber sie wurden behindert durch Forderungen

gewisser Industrieller und Landwirte. Andererseits haben wir nicht die hauptsächlichsten Industrien unseres Landes opened können. Es haben es eben die wirtschaftlichen Interessen unmöglich gemacht, vor der Beendigung der Verhandlungen, wie man es wünscht, zu einem Abbruch zu gelangen. Unter diesen Umständen haben die deutschen Delegierten es vorgezogen, die Verhandlungen zu unterbrechen. Nach gemeinsamer Überzeugung haben die beiden Wirtschaftsdlegationen beschlossen, ihre Arbeiten erst am 15. September wieder aufzunehmen, um während der Parlamentsferien jede Diskussion zu verhindern.

Paris, 7. Juli. (W. I. B.)

Nach der heute vormittag stattgefundenen Unterbrechung zwischen Staatssekretär Dr. Trendelenburg und Handelsminister Chauveau ist folgendes gemeinschaftliche Communiqué veröffentlicht worden: Die Führer der deutschen und französischen Wirtschaftsdlegation hatten, wie vorgesehene, heute eine Besprechung, um die Frage zu prüfen, wie während der Vertagung der Verhandlungen die Verbindungsaufrechterhalten werden sollen. Es wurde beschlossen, daß sich die beiden Delegationsführer am 15. September in Paris zur Führung der Lage wieder zusammenfinden und daß die am 28. Februar getroffene Abmachung erneuert wird, nach der beiderseitig die Verpflichtung übernommen wird, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland nicht durch ausschließlich oder besonders gegen das andere Land gerichtete Maßnahmen zu lösen, und nötigenfalls Maßnahmen wegen der Handhabung der Ein- und Ausfuhrquoten und Anträge auf Ein- und Ausfuhrerleichterungen auszuwirken zu lassen. Da es für notwendig gehalten wurde, schon jetzt einige Punkte festzusetzen, die am 15. September von den beiden Delegationsführern geprüft werden sollen, wird Staatssekretär Dr. Trendelenburg noch in einem bis zwei Tage in Paris bleiben.

## Strafnachlaß für Zeigner

### Bedingte Entlassung Ende August

Im nächsten Landtag teile Gegenstand einer Antragsbeschlüsse Dr. Bürger mit, daß der ehemalige sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner, der in Bautzen seine dreijährige Gefängnisstrafe verbüßt, Ende August d. J. bedingt entlassen werden wird. Der Justizminister betonte dabei besonders, daß in diesem Strafnachlaß nicht etwas ein Korrektiv des gegen Zeigner erlassenen Urteils zu erblicken sei, vielmehr sei Zeigner durchaus zu Recht verurteilt worden.

## Richter weint

### Ein Nervenzusammenbruch des früheren Polizeipräsidenten im Bernat-Ausflug

Der preussische Bernat-Ausflug hielt gestern auch eine ungewöhnliche Beheimlichung ab. Er wurde mit großer Mehrheit beschlossen, da der Polizeipräsident a. D. Richter erklärte, er wolle seine vervollständigte Auslage über die privaten Beziehungen, die zwischen ihm und Bernat bestanden, besser in vertraulicher Sitzung machen, die er hinsichtlich auf den fremden Bernat nehmen möchte. In der vertraulichen Sitzung erließ dann Polizeipräsident Richter einen vollkommenen Nervenzusammenbruch. Seine Entlassung erfolgte in Tränen und die vertrauliche Sitzung mußte eine halbe Stunde unterbrochen werden. Die Unterbrechung wurde dann durch den Polizeipräsidenten Richter in einzelnen Punkten, was er an Gesichts- und Vergnügungen von Julius Bernat erhalten hat. In der öffentlichen Sitzung wurde dann über die Verhandlung verhandelt. Die von deutschlandstomer Seite hinsichtlich des gegen den Zeigner Kriminaloberinspektor Klinghammer eingeleiteten Disziplinarverfahrens erhoben worden ist. Im Punkt 1 des Eröffnungsbeschlusses wird dem Genannten Mangel an Zeit und Sorgfalt bei seinem Verhalten vor dem Unter-

suchungsausschuss zum Vorwurf gemacht. Ein Teil der Ausschussmitglieder hegt Bedenken über die Berechtigung des Vorgehens des Ministeriums, während der laufenden Untersuchung ein solches Disziplinarverfahren zu eröffnen, er sieht in diesem Vorgehen eine Einschüchterung der Beamten, die später zur Zeugenaussage vor dem Ausschuss treten.

Der Minister des Innern hat einen Ministerialrat als Kommissar in den Ausschuss entsandt; dieser erklärte, jedoch, daß er nicht erteilen zu können, da diese sich auf Gegenstände beziehen, auf die sich keine Mitsprachewegung ergibt erziele. Nach eingehender Debatte erklärte sich der Minister bereit, von sich aus als Ausschussvorsitzender mit dem Minister sich über die Angelegenheit zu unterhalten und ihn über die Stimmung im Ausschuss zu unterrichten.

## Sozialistische Bewegung gegen Poincaré

### Said ein Ende in Marokko

Paris, 7. Juli. (W. I. B.)

Der Kongreß der sozialistischen Parteien des Departements Marokko hat eine Resolution angenommen, der zufolge die Mitglieder der Kammer und Senatskammer aufgebodet werden, sofort die Unterbrechung des gegenwärtigen Kabinetts anzugehen und sie nur einer solchen Regierung zu gewähren, die entschlossen ist, dem durch die Volksoberkeit zweifelt in einem Jahre ausgeübten Willen treu nachzugehen. Auch die sozialistische Bewegung des Departements Haut-Loire hat eine Entschlossenheit angenommen, die die Unterbrechungspolitik gegenüber dem Kabinet Poincaré aufzugeben. Die Resolution, die sich gegen das Finanzprojekt „Collaiz“ ausdrückt, fordert weiter, daß man alles veruchen müsse, den Feindlichkeiten in Marokko ein Ende zu bereiten, und daß jene Möglichkeiten veranschlagt werden dürfen, mit Abdelkrim Frieden zu schließen, indem man ihm Bedingungen stellt, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhen.

## Kleines Seebad

von  
Böhden

Die sympathischsten Menschen in dem kleinen Seebad sind das Freizeithaus. Am jüngsten Mai, am vierzehnten war die Hochzeit, hatten sie ihren Salon, eine wundervolle, neugotische Barocke, eröffnet. Herr und Frau Usak bezeichnen einzeln die Einladungen — was das einzeln verdient Geld in die gemeinsame Kasse geht.

Sie, die Vertreter der Damenabteilung, ist Ruffin, neunzehn Jahre alt; ihr Haar ist dunkelbraun, kurzgeschitten, nach hinten gefächelt, es läßt die Ohren und die etwas gebogene Stirn frei. Ihre Stirn ist klein, faltig nur so groß wie der Rand eines Deckeltellers.

Herr Usak ist Hannoveraner. Seine Sprache ist gefasst, aber das Angenehme seiner Sprache ist betont, wie in Restaurants etwas Selbstverständliches als Behörlichkeit durch Plafate angepriesen wird: „Sesgaffe Wein“.

Alena gibt sich so selbstverständlich, ist so selbstbewußt wie eine Hochart; sie weiß, daß sie behütet wird, daß sie etwas folgt; ist schüchtern wie sich an das weiche Vriestafelgelenker an, auch verweist sie sich gern, und man verliert sie leicht. — — —

Es ist möglich, wieviel man sich auch um sie bemüht, immer wird sie nur Mülligkeit zur Fahrt haben, für die sie ausgewählt, abgelempelt, geboren wurde. Beschäftigt und auch ungenügend überleben das aufgedruckten Stiles kostet Strafe. Rückfahrkarten haben nur ein bis vier Tage Gültigkeit. — — —

Die Gäste des Baboerits sind alle Volkswärmer; sie ziehen nach dem Mittagessen ihre Notizbücher in die Brusttaschen und tragen ihre Ausgaben ein. In den drei Konditorien des Ortes kann man nicht Kaffee trinken, da nach dem Wälder alle Gäste applaudieren, als gelte es, Johann Strauß durchzuführen. Es wird mehr applaudiert, als Wälder beliebt. Die Gäste sind so dankbar für jede Aufmerksamkeit, für jede Notizbuchblätter.

Der Strand des kleinen Seebades macht den Eindruck eines Spieleschals, einer öffentlichen Mittellandschaft. In den roten Erdsteinbänken kann man Volkstänze tanzen, die das Meer zur Zeit des Frühstücks, des Mittagessens, des Nachmittagskaffees und des Abendbrotts und -rotz setzen.

Diese Karten sind sehr schön. Herr und Frau Usak wollen in diesem Ostseebad überwintern, Ich war vorläufig. Ich hatte eine Rückfahrkarte gekauft.



# Der Gipfel des Skandals

„Reiter“ und „Reiniger“ als Großschieber — Polizeibeamte als Dulder und Beschützer?

Der Schnaps war von jeher ein angenehmes Monopolgeschäft der Agrarier. Bei ihrer früheren ausschlaggebenden Macht im Staate war das Selbstverständlich und wurde mit rückstichloser Gewalt durchgesetzt.

Jetzt haben wir eine Branntweinmonopolverwaltung des Reiches, und der allzu gutgläubige Republikaner ist der Meinung, daß nun „sein Staat“ die ausschlaggebende Rolle spielt. Aber es scheint im Gegenteil noch wesentlich schlimmer als früher geworden zu sein, und die Agrarier haben längst verstanden, ihren „Schönwälder“ unter ihr Monopol zu bringen. Wie sie sich über die Reichsmonopolverwaltung mit Bezug und mit Gewalt in die Verwaltung an den Reichstag mit geradezu erschütternder Deutlichkeit, am Weirat des Monopols haben die Interessenten, Schnapsbrenner und Verkäufer sich die ausschlaggebende Mehrheit gesichert, die dem Monopolamt, wie es berichtet, eine freie und öffentliche Tätigkeit unmöglich macht und „öffentlich den berechtigten Interessen der Verwaltung widersprechende“ Beschäfte tätigt.

Das allerletzte aber sind die Schieberden größten Umfangs. Ihre Urwoche liegt darin, daß Spirit, der zu Zirkbraunwein verarbeitet wird, 400 Mark des Bekalters, der zu technischen Zwecken verarbeitete Spirit aber nur 200 bzw. 30 Mark des Bekalters kostet. Der Schnaps ist also das beste Geschäft. Und die Schieber setzen sich deshalb mit großer Freiheit über alle Verordnungen hinweg und führen den Handel zu bestimmten Spirit der Herstellung von Zirkbraunwein zu. Die staatliche Schöbe ist diesen Profitstreibern gegenüber machtlos und muß ihre Ohnmacht öffentlich bekennen. Geradezu unglaublich klingt folgende Stelle ihres Berichts:

„Nachfragen gegen die Schieber, die bei der Monopolverwaltung schon seit längerer Zeit einleiten und von dieser an das Reichsamt in Zirkbraun zur Nachforschung weitergegeben worden waren, blieben erfolglos, da die mit den Nachforschungen beauftragten Polizeibeamten mit den Schiebern unter einer Decke stehen.“

Man beachte: das sagt nicht irgendein neidischer und zu Hebertreibungen geneigter Konkurrent, das spricht eine amtliche Reichsstelle in einem offiziellen Bericht! Über! Das Unglaubliche, hier wird's Ereignis! Aber noch viel toller mutet der Bericht über die Geheimbrennereien an. Man traut seinen Augen nicht, wenn man folgendes liest:

„Die hier fast das Hebel der Schwarzbrennereien bei den Reichsbrennern eingestuft hat, bemerkt auch die Verhältnisse gegenüber den kontrollierenden Beamten. Wiederholt wurden Beamte bei Nachschau in Abfindungsbrennereien mit Beschimpfungen und Beschuldigungen empfangen, es wurde ihnen mit Schußwaffen und Ketten entgegengehalten, verweigert wurde auch auf die Beschlüsse. In einzelnen Fällen wurde es zu Zusammenrottungen, wobei Beamte verhaftet und mit Steinen beworfen wurden, und ihnen das Weiterkommen mit dem Jahrbuch durch aber die Straßengeleite Stationen erschwert wurde. Wichtige Beamte, auch deren Frauen, wurden teils mißhandelt, teils schriftlich mit dem Tode bedroht.“

Noch einmal: das steht in einem amtlichen Bericht! An der Spitze der Reichsfinanzverwaltung, der das Monopolamt untersteht, befindet sich der deutsch-nationale Johanniter Ritter v. Schieber, ein Staatsrat, der „Reiter“ oder „Reiniger“ unferes staatslichen Lebens. Ihm müssen diese schauerhaften Zustände, von der eine ihm untergebene Amtsstelle behauptet, daß alle Abhilfe erfolglos erzielte, doch schon viel länger bekannt sein, als der Öffentlichkeit, die sie selber erst jetzt erfährt. Wo blieb einst eiserner Reinigungsbecken, der dies Gefindel der Schieber zu Paaren treibt? Und diese Schieber und Schiebergehirne selbst: gehören sie nicht laut ausdrücklich zur Garde der „nationalen“ Reiterpartei, die noch bei der Reichsfinanzunterkunft den Namen eines ehrlichen Mannes so schändlich mißbraucht? Wie sehr konnten sie schimpfen über die „versteckten“ Reiter, die in der Hauptstadt hier versucht haben durch Weinstenführung von Raubritzertiten! Wehe, wenn sich Republikaner solche Landfriedensbrüche und Widerstände gegen die Staatsgewalt mit Mordanschlägen auf Beamte erlaubt hätten: die Tuchhansstrafen würden gar nicht lang genug werden können!

## Potsdammer Denkmalsrummel

Reichswehrvorbeimarsch vor dem Götzenpfeiler „Republikanische“ Behörden

**Potsdam, 7. Juli.**  
An Potsdam fand die Jahreshunderfeier der Gründung der Unteroffizierschulen statt. Die Schüler aller ehemaligen Unteroffizierschulen Deutschlands haben vor dem Gebäude der Potsdamer Unteroffizierschule, das als Stammbaum des preussischen Unteroffiziersganges galt, ein Denkmal für die gefallenen Unteroffizierschüler errichtet. Es zeigt auf einem Sockel einen die Schwurhand hochhebenden Soldaten in der Uniform der Wehrmacht und einen Unteroffizierschüler in der letzten Friedensuniform. Diese Denkmalsweise wurde wieder zu einer nationalen Spektakelfeier erster Güte, das sogar alle vorherigen Veranstaltungen ähnlicher Art in Potsdam übertrat. Der frühere Kronprinz mit seinem ältesten Sohn und sein Bruder Graf Friedrich, alle in Felduniformen, wohnten dem Festgottesdienst bei. Der Kronprinz präsentierte im Paradeuniform die Reiterbrigade, die in Paradeuniform im Stadion vorsteht. Auch sonst verstanden es die Veranstalter recht geschickt, in die lange Zugkolonne der ehemaligen Unteroffizierschüler hoch Abteilungen der Reichswehr einzufügen.

Die Spitzen der Behörden mit dem Oberpräsidenten, dem Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten gehörten zu den Ehrengeleiteten. Vor dem Denkmal waren Schwarzwälder, weißblauer, weißer, schwarzer und gelber, aber keine schwarzrotgoldenen Reichsflaggen zu sehen. Der Feldmarschall Graf v. Eberhard hatte recht, als er ausrief, der Geist bliebe derselbe, der Geist von Potsdam, wie er damals geprägt war.

**Empfang Dr. Franks.** Der Oesterreichisch-ungarische Botschafter veranlaßte im Haus der Ingenieure einen Empfangsabend zu Ehren des neuernannten österreichischen Gesandten in Berlin, Bischoffs Dr. Felix Frank, Reichstagspräsident

# Die Gutachten im Höfle-Ausschuß

Ein vernichtendes Urteil von Dr. Lewin - Höfle könnte bei anderer Behandlung heute noch leben

Der Höfle-Ausschuß des Landtags nahm am Dienstag die Gutachten der Sachverständigen Professor Dr. Lewin und Professor Dr. Joachimsmuller entgegen.

Zuvor leisteten beide den Eid, der erste in religiöser, der zweite in nichtreligiöser Form.

Professor Dr. Lewin in sprach sich gütlichlich dahin aus, daß **Dr. Höfle bei seiner Einlieferung nicht in schlagemäßer Weise unterzogen** werden sollte, daß er **später wurde noch viel zu spät erfolgte** Erhaltung des Bewusstseins von Professor Kraus und dem ärztlichen Störmer festgestellt, daß vom Veragen oder vom Blut aus Annehmungen sich nachteilig hätten. Der zufällige Abnahme des Körpergewichts sei durch Dr. Höfle keine Beachtung geschenkt worden. Dieser habe von dem öffentlichen Verfall keine Notiz genommen; er habe nicht einmal eine richtige Stimmunterbrechung vorgenommen.

Unverkennbar ist, daß Professor Medizinrat Dr. Störmer das Verhalten Dr. Höfles als schlagemäßer und lebensverderblich angesehen. Er hätte Mittel Marsch Dr. Strakmann, der nun schlichtmangel die Behandlung übernahm, den Gesundheitszustand des Patienten erkennen lassen. Dr. Höfle habe bei der Wund des langen Zeit beklagend haben. Dr. Höfle habe 3 Wunden nicht unterzogen, **er habe Wundenbehandlung als Grund angegeben**, dabei sei festgestellt, daß eine solche überhaupt nicht vorgelegen habe. Die tatsächliche Fäulnis für einen Mann zu acht Tagen sein seit nicht gemacht worden. Er sei unbehört zurückgelassen worden. Sein Essen sei unterzogen. Dies alles habe zweifellos zur Verfallminderung seines Zustandes beigetragen. Der Lungen- und Brustkanal Dr. Höfle hätte nicht „genügend“ bei der Behandlung erfahren. Es sei schwerwiegend vorgelegen. Wenn auch die Galle ein sich selbst, so sei doch schwer zu haben, das sei nicht festgestellt worden. Das Gutachten sei durch die Verhältnisse der Stürmer habe auch anerkannt, daß bei weiteren Verbleiben Dr. Höfles in der Haft die Gesundheitszustand zunehmen würde.

Wenn nicht Unterlassungen bei der Behandlung Dr. Höfles vorgelegen hätten, so könnte er nach der Ansicht Professor Dr. Lewins noch leben.

Er hätte der schlagemäßer Behandlung eines Krankenhauses zugeführt werden müssen. Die einschlägigen Bestimmungen be-

dürften unbedingt einer Remede. Der Oberwachmeister Dr. Köhning habe nicht unterzogen; an Sonn- und Festtagen sei überhört nicht unterzogen worden. Das seien schwere Unterzogenungsstände. Die Behandlung der Medikamente und ihre Verteilung an die Kranken seien durchaus ungenügend gewesen. Eine regelmäßige Nahrung über Zugang und Abgang von Medikamenten habe nicht stattgefunden. Ohne ärztliche Unterzogen habe der Professor Karolitsch geleitet an die Pfleger, der zunächst nur allein unterzogen habe. Ein Mörser habe nicht ausgelegt, daß die Pfleger über die ärztlichen Verordnungen hinausgegangen seien bei Verarbeitung von Tabletten; dazu hätten sie das Recht gehabt. Dr. Höfle habe davon gewußt. Nachweisbar sei Morphium überzogen worden.

Nach Auslagen von Pflegern seien Gelangene geradezu zu Morphiumern geworden.

Dr. Höfle sei kranker gemacht worden als er war. Sein Tod habe mit dem übermäßigen Gebrauch von Karolitsch im Zusammenhang. Dr. Höfle habe schließlich am 15. April, erkrankt durch die Folgen, ins Krankenblatt hineingetragen und unterzogen lassen. „Keine Karolitsch“ Dr. Höfle seien über die Worte gelobt und daraus einen Vergiftungsanfall gemacht. Sein Zweifel könne nach Ansicht Professor Lewins nicht erachtet werden. Unterzogen der Worte sei hochbedeutend. Sein Zweifel könne nach Ansicht Professor Lewins nicht erachtet werden, daß Dr. Höfle durch legale und illegale Zuführung von Karolitsch

in den Zustand geminderter Bewußtsein gekommen sei.

Professor Lewin kommt dann zu sprechen auf den Besuch des Oberstaatsanwalts Sins am 18. April, der ausgelegt habe. Dr. Höfle habe vernünftig gesprochen. Nach Auslagen der Pfleger habe ein so auffallend gebrochener Mann überhaupt nicht sprechen können! Professor Lewin findet hierfür keine Erklärung. Dr. Stürmer habe am Tage nach dem 18. April den Zustand als nicht ernst bezeichnet. Auch das Verhalten von einem Bewußtsein gebührt dem Hofmeister der Pfleger gegenüber, ebenso die Stellungnahme des Dr. Stürmer. Der Gutachter habe sich ausführlich über den großen Rufum und erfährt es für ausgeschlossen, daß Dr. Höfle sich ein Depot selbst aufgeschlossen habe. **Wundergeschichten sei auch die Annahme eines Selbstmordversuchs am 16. April.** Der Annahme der bewußten Selbsttötung, wie sie Dr. Störmer behauptet, sei gleichfalls nicht beizutreten.

Dafür, wie gern die fruchtlose öffentliche Agitation Behauptungen aufstellen pflegt, ohne sich vorher nach dem Tatbestand erkundigt zu haben.

## Der Kampf um Kautler

Haftentlassung gegen 300 000 Mark Kaution?

Am die Haftentlassung des Franz in der Chortitz gelegenen Jura Kautler löst bei zwei Monaten ein erbitterter Kampf zwischen Verteidigung und Gerichtsbehörden. Letztere hatten ihren abnehmenden Standpunkt auf das Gutachten des Geheimrats Kraus gestützt, das besagte, daß Kautler bei Ausübung eiserner Energie wohl verhandlungsfähig werden könne. Im letzten Verhandlungstage zu erreichen, habe Kautler ausgeführt, sich in der Chortitz vor dem Interdivisionsauschuß des preussischen Landtags in Gegenwart des ehemaligen Staatsbankpräsidenten v. Donbois durch Professor Dr. Weigert unter der Weibung vernehmen zu lassen, daß seine beiden Verteidiger am Ende sein dürften. Da Kautler infolge dieser Vernehmungen einen schweren gesundheitlichen Rückschlag erlitten, haben die behandelnden Ärzte nunmehr die Verhandlungsfähigkeit Kautlers festgestellt. Infolgedessen hat der Generalkommando einer Haftentlassung Kautlers gegen eine Kaution von 300 000 Mark (dreihunderttausend) Mark genehmigt. Gleichwohl haben sowohl Untersuchungsrichter Dr. Schneider wie auch die Beschwerdebekämpfer Dr. Weigert weitere Beschwerde bei dem Staatsrat in den nächsten Tagen über die Haftentlassung Kautlers und die eventuelle Höhe der Kaution entschieden wird.

## Die Steuerfabrik

Proteste gegen die Methoden des Rechtsbills

In der gestrigen Sitzung des Steueraussschusses des Reichstags gab Geheimrat Kraus über den Inhalt und die in den Anträgen der Regierungspartei getragenen Verhandlungen gegenüber der ursprünglichen Vorlage Auskunft.

Die Abgeordneten Reubauer (Romm.), Junke (Eoz.), Meier-Roben (Eoz.) und Dr. Fischer-Rohn (Dem.) protestierten jedoch dagegen, daß die Regierung hinter verschlossenen Türen mit den Regierungsparteien Verhandlungen und Anträge schaffe, ohne den übrigen Parteien gleichzeitig davon Kenntnis zu geben.

Staatssekretär Dr. Popitz (Reichsanwaltschaft) betonte die große Eilbedürftigkeit der Steuervorlagen, die einen Zeitverzug nicht mehr vertragen.

Beamtliche Bekämpfung für Politik, Gesellschaft und die Weltanschauung von Reichsminister für die Reichsanwaltschaft Dr. Popitz (Reichsanwaltschaft) in Berlin. Die ungenügende eingetragene Verantwortung nimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Druck und Verlag: Rudolf Müller, Berlin.

Quelle: „Berliner Film-Zeitung“.



## Rube, der Untaugliche

Börsliche Lügen über demokratische Kriegsteilnehmer

Rüchlich ereignete sich im Munde des Reichstages ein emulter Zwischenfall. Der börsliche Abgeordnete Rube hatte demokratischen Abgeordneten Lemmer auf einen persönlichen Bemerkung hin eine Züge vorgehalten. In einer persönlichen Bemerkung darauf der Abgeordnete Lemmer Rube zur Rede und spielte dabei auf die Kriegsteilnehmer eines jungen Kriegsteilnehmers, der sich nun hier im Reichstage seine Jugend wohl verhalten lassen, nicht verstehen könne. Rube gab sich darauf in einer Erwidmung unter mit empfindlichen Verwunden, er wäre eigentlich gar nicht Kriegsteilnehmer gewesen, und es wäre lediglich ein Verstoß gewesen, den er im Herbst 1917, obwohl er bisher immer garmündigkeitsfähig war, v. geschrieben hätte. Rube wurde darauf vom Lemmer unter lebhafter Zustimmung des Hauses beschimpft, daß nun allerdings die börsliche Einkeltung bei ihm verständlich wäre: der jüdische Stabsarzt in Breslau habe ihn angefaßt.

Der Börsliche ist diese Wamage ihres Wortführers Rube sehr peinlich gewesen. Sie antworteten in ihrer Presse mit einer allgemeinen Schimpfkanonade gegen die Mitglieder der demokratischen Reichstagsfraktion. In einer ausführlichen Aufstellung untersucht die börsliche Presse die Kriegsteilnahme der demokratischen Reichstagsabgeordneten, um damit zu beweisen, daß die börslichen Abgeordneten im Krieg größere Soldaten gewesen wären. Diese Aufstellung, die 3. B. in der württembergischen „Bayer“ erschienen ist, kann nicht unüberbrochen bleiben, da sie in 11 Beispielen für börsliche Wahrheitslieber ist. Denn in der Aufstellung wird bei mehreren Abgeordneten der demokratischen Reichstagsfraktion (so 3. B. den Abgeordneten Bull, Grellen, Dr. Fischer, Dr. Hummel, Ziegler) unterzogen, daß diese Herren, zum Teil sogar als Kriegsfreiwillige, verwundet und ausgezehrt, ihren dem die börsliche Presse in diesem Zusammenhang behauptet, er habe sich von Mittätersdienst getrennt, ist im Frühjahr 1915 als Kriegsfreiwilliger in den Krieg eingetreten und hat bis zum Abschluß des Krieges als Offizier im Felde geblieben. Abgeordneter Bull, von dem das gleiche behauptet wird, nur vier Jahre im frontdienst und wurde erst mit Ende des Krieges aus der Front zurückgezogen, nachdem seine sämtlichen Brüder im Felde schon gefallen waren. Ebenso ist die Unnahbarkeit der börslichen Verichterstattung bei anderen Mitgliedern der demokratischen Reichstagsfraktion nachzuweisen. Soweit es sich um börsliche Abgeordnete handelt, sucht die börsliche Darstellung zu entschuldigen, aus welchen Gründen dieses oder jenes börsliche Kriegsteilnahme nicht im Kriegsdienst geblieben hat. Antsant ist die Entschuldigung für Rube, sie soll im Wortlaut wiedergegeben werden:

„Rube wurde 1910 bei der ersten Bestellung als untauglich zum Wehrdienst zurückgestellt. Auch bei der zweiten und dritten Bestellung erfolgte das gleiche. Als er sich 1915 im Feld gestellt. Er war während der ganzen Dauer des Krieges v. B. infolge eines Herzleidens, das er sich durch einen Stößung bei einer geologischen Exkursion zugezogen hatte.“

Während der Kriegsdienstverweigerung der börslichen Herren im Reichstage scheint es also nicht weit her zu sein. Das ist doppelt betrübend, denn bei ihrem Mangel an politischer Intelligenz würden immerhin gewisse Verdienste im Krieg als Entschuldigend empfunden werden können. Der Vorgang selbst ist aber auch wiederum ein Musterbeispiel

